

N i e d e r s c h r i f t

über die 19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Donnerstag, den 06.09.2018 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 15:30 Uhr
Sitzungsende: 17:55 Uhr
Ort: Landratsamt Saale-Orla-Kreis, Neubau, Konferenzsaal 237,
Oschitzer Str. 4, 07907 Schleiz,

Anwesenheit:

Anwesend: Landrat
Függmann, Thomas

Vorsitzende
Kanis, Regine

Ausschussmitglieder
Gersdorf, Katrin
Herrgott, Christian
Kleindienst, Wolfgang
Külkens, Gisela
Lorenz, Holger (ab 16:30 Uhr)
Möller, Klaus
Müller, Ronny
Smailes, Sandra
Weidemann, Thomas Dr.

Beratende Mitglieder
Henze-Rippin, Gabriele
Krasser, Ines
Thieme, Mandy

Mitarbeiter der Kreisverwaltung
Beetz, Sandra
Koberstädt, Sylvia
Lautenschläger, Yvonne
Nielsen, Katrin
Schmidt, Diana

Entschuldigt: Beigeordnete
Feike, Anette

Beratende Mitglieder

Beyer, Astrid
Geisler, Astrid
Lenk, Thomas
Ludäscher, Karin (Urlaub)
Marufke, Dieter
Roßner, Marc (dienstl. Gründe)
Schröter, Maraike

Gäste:

Hofmann, Sandra (OTZ)
Schulleiterin und Elternsprecher der Grundschule Pöbneck-Ost

Schriftführerin: Beate Eismann

Tagesordnung:

1. Informationen/Sonstiges - Jugendförderplan
2. Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.06.2018
3. Benennung eines Mitglieds für die Mitarbeit im Planungsbeirat im Bereich Sozialplanung
Vorlage: J/040/2018
4. Vorstellung Familienzentrum Pöbneck
5. Vorstellung Jugendarbeit des Vereins Pöbneck Alternativer Freiraum (PAF)
6. Bericht über die Arbeit der Schulbegleiter durch den Behindertenverband
7. Informationen/Sonstiges

Frau Kanis eröffnet die 19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Frau Kanis informiert, dass nach der in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erfolgten Beschlussfassung zum Jugendförderplan ein Antrag von Herrn Kleindienst hinsichtlich einer Änderung der Schulstandorte eingegangen ist.

Nach juristischer Prüfung ist festzustellen, dass lt. ThürKO Anträge, deren Sachverhalt bereits innerhalb der letzten drei Monate beraten wurde, in diesem Zeitraum nicht erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden können. Es wird daher mitgeteilt, dass der genannte Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses genommen wird. Ebenfalls in der nächsten Sitzung soll zum Thema Jugendförderplan der Antrag des Kreissportbundes erneut behandelt werden, dessen Abweisung in der letzten Sitzung mit der Deklaration als Eilantrag aus der Sicht von Frau Kanis nicht korrekt verlaufen war.

Von Frau Kanis wird vorgeschlagen, den TOP 6 (Informationen/Sonstiges) auf TOP 1 zu ziehen sowie diesen in zwei Teile zu splitten, um den anwesenden Gästen Gelegenheit zu geben, einen Antrag zur schulbezogenen Jugendsozialarbeit an den Landrat übergeben bzw. der Erörterung folgen zu können.

Dem Vorschlag zur **Änderung der Tagesordnung** wird **einstimmig** zugestimmt.

Zu TOP 1 Informationen/Sonstiges - Jugendförderplan

Zusammenfassend wird von Frau Kanis über die Arbeit des Unterausschusses informiert. In den dort erfolgten Diskussionen wurden die Probleme der Grundschule Pöbneck-Ost erkannt, aber auch Argumente für andere Schulen abgewogen und die Bindung an die gesetzlichen Vorschriften beachtet. Hinsichtlich einer Unterstützung der Grundschule Pöbneck-Ost wurde mit der Schulleiterin gesprochen, von Blitz e.V. war bislang keine Reaktion zu verzeichnen. Informationen zu den Elternprotesten oder einem neuen Erkenntnisstand hat Frau Kanis aus bzw. von der Presse erhalten und hätte sich gewünscht, auch durch das Landratsamt darüber informiert zu werden.

Vom Landrat wird nochmals darauf hingewiesen, dass die „klassische“ Schulsozialarbeit der vergangenen Jahre mit einem Angebot an allen Schulen des Landkreises ausgelaufen ist und von der Verwaltung unter Einbeziehung des Jugendhilfeausschusses auf die Änderung der Richtlinie zu reagieren ist. In den Sitzungen des Unterausschusses wurden die Varianten umfangreich erörtert und letztendlich eine Empfehlung abgegeben, die zur mehrheitlichen Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss führte.

Neben der Beschwerde der Grundschule Pöbneck-Ost zu den festgelegten Schulstandorten wurde auch von anderen Schulen mündlich Kritik vorgetragen. Seitens der Verwaltung bestehen Überlegungen zur Entschärfung der Situation, diese müssen aber erst noch mit dem Ministerium abgestimmt werden. Im Fall einer Zustimmung ist beabsichtigt, einen Ergänzungsantrag einzubringen.

Von Frau Krasser wird bestätigt, dass betreffend eines Nachtrages zum genannten Bedarf das Einverständnis des Ministeriums abgewartet werden soll.

Auf Bitte der Schulkonferenz der Grundschule Pöbneck-Ost wird von Herrn Kleindienst eine Stellungnahme zur schulbezogenen Jugendsozialarbeit an den Landrat übergeben. Weiter wird informiert, dass sich auch der Stadtrat Pöbneck für eine Fortführung ausgesprochen hat. Es wird sich für die Herbeiführung einer Lösung ausgesprochen, bei der aber auch keine andere Schule benachteiligt wird.

Von Frau Kanis wird darauf aufmerksam gemacht, dass im Antrag von Herrn Kleindienst kein Lösungsvorschlag enthalten ist und ihm die Gelegenheit geboten war, im Unterausschuss mitzuarbeiten.

Von Herrn Kleindienst wird bemängelt, dass das Ergebnis aus dem Unterausschuss erst unmittelbar in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses bekannt wurde. Der Antrag des Kreissportbundes war nicht auf der Tagesordnung bzw. war nicht mit den Unterlagen versandt.

Nochmals wird die Verfahrensweise zur Behandlung des Antrages des Kreissportbundes diskutiert und die Beratungsfolge in der nächsten Ausschusssitzung erörtert.

Zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.06.2018

Wortmeldungen zur Niederschrift gibt es nicht.
Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**mehrheitlich bei
4 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss genehmigt die Niederschrift über die 18. Sitzung des Ausschusses am 21.06.2018 (öffentlicher Teil).“

59-19/2018

#

**Zu TOP 3 Benennung eines Mitglieds für die Mitarbeit im Planungsbeirat im Bereich Sozialplanung
Vorlage: J/040/2018**

Von Frau Kanis wird darauf aufmerksam gemacht, dass es sich beim Landesprogramm „Familie eins99“ um den Nachfolger des Landesprogrammes „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ handelt.

Als Ziel des Landesprogrammes „Familie eins99“ wird von Frau Beetz genannt, Familien Unterstützung durch Information und Beratung zu bieten. Eine Zunahme verschiedener Probleme ist z.B. durch den demografischen Wandel oder die Veränderungen der Familienmodelle zu verzeichnen. Die bisherigen Säulen der Familienförderung sollen im Landesprogramm zusammengefasst und durch eine fachübergreifende Arbeit eine Vernetzung sowie neue Synergien geschaffen werden.

Für die neu zu bildenden Planungsstrukturen bedarf es der Bildung eines Planungsbeirates, der sich aus internen und externen Vertretern zusammensetzen wird bzw. dafür auch die Mitarbeit eines Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses gefragt ist. Seitens der Verwaltung werden die Planungsstrukturen von Jugendhilfe- und Sozialplanung neu gebildet. Für die Vielfalt von Handlungsfeldern wird neben dem Sozialbereich ebenfalls die Mitarbeit von LIGA-Vertretern, dem Jobcenter und den FDen Gesundheit und Wirtschaft erfolgen. Der Planungsbeirat beschließt über die durchzuführenden Maßnahmen und die Fördermittelvergabe im Rahmen des Landesprogrammes. Die bestehenden Angebote der Familienförderung im Landkreis werden aufgezählt.

Auf die Nachfragen von Herrn Kleindienst wird von Frau Beetz bestätigt, dass das Mitglied des Jugendhilfeausschusses im Planungsbeirat stimmberechtigt ist. Für die Entscheidungen über die finanziellen Mittel bedarf es keines zusätzlichen Votums des Jugendhilfeausschusses. Hinsichtlich der Mitarbeit gibt es keine detaillierten Vorschriften, die Handhabung verläuft in anderen Landkreisen ähnlich. Im Fall, dass das jetzt benannte Mitglied bei der anstehenden Kommunalwahl nicht mehr dem Jugendhilfeausschuss angehört, erfolgt eine Neubenennung.

Von Herrn Möller und Herrn Kleindienst wird die Befürchtung geäußert, dass so die Entscheidungen an den Gremien vorbeigehen.

Von Frau Kanis wird ergänzend informiert, dass unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten eine Bündelung der Fördermittel erfolgt, aber nichts Neues geschaffen wird. Unter Hinweis auf ihre langjährige Mitarbeit wird Einverständnis für eine Benennung zur Mitarbeit im Planungsbeirat erklärt.

Zu den Bedenken wird vom Landrat mitgeteilt, dass vom Planungsbeirat eine schnelle und effektive Arbeit möglich ist, aber keine Genehmigung über Beträge erfolgen kann, die nicht

bereits im Haushalt enthalten sind bzw. in anderen Landkreisen ebenfalls ein Beirat gebildet wird.

Ebenfalls zu diesen Äußerungen wird von Frau Külkens auf die Notwendigkeit einer guten Vorbereitung verwiesen, da die Mittel der Familienförderung in Zukunft ausschließlich über dieses Landesprogramm laufen werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Herrgott über welchen finanziellen Rahmen im Planungsbeirat abgestimmt wird, nennt Frau Beetz ein Volumen von 500 T€. Ergänzend wird dazu von Frau Nielsen ausgeführt, dass eine gesonderte Untergruppe im Haushalt gebildet wird. Im 1. Halbjahr 2019 wird der Bestandsschutz weiter umgesetzt bzw. wird für das 2. Halbjahr 2019 der integrierte Sozialplan im Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Von Herrn Weidermann wird Herr Kleindienst für die Mitarbeit im Planungsbeirat vorgeschlagen.

Hinsichtlich einer Benennung von zwei Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses für die Mitarbeit wird vom Landrat und Frau Beetz kein Widerspruch gesehen, da keine Satzung oder entsprechende Regelung vorhanden ist, so dass beide Vorschläge bestätigt werden können.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**mehrheitlich
bei 1 Stimmenthaltung**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss benennt für die Mitarbeit im Planungsbeirat im Bereich Sozialplanung nachfolgende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses:

Frau Regine Kanis und
Herrn Wolfgang Kleindienst.“

60-19/2018

Zu TOP 4 Vorstellung Familienzentrum Pößneck

Zusammenfassend wird von Frau Riemann als Leiterin des Familienzentrums informiert, dass Ziel des Familienzentrums die Unterstützung der Eltern beim Erziehungsauftrag ist. Verschiedene Angebote von Beratung, Bildung, Kindererziehung und –betreuung sollen durch Begegnungen zum Gelingen eines Familienlebens in den unterschiedlichen Entwicklungsphasen und Familienformen beitragen.

Als Beispiele der aktuellen Aktivitäten werden u.a. das Familienfrühstück, verschiedene Kurse im Kreativ- und Funktionsbereich, Seminare und Treffpunkte genannt. Aus ihrer Sicht sprechen die Teilnehmerzahlen für die Zufriedenheit mit der Angebotsauswahl.

Herr Lorenz kommt 16:30 Uhr.

Von den Ausschussmitgliedern wird positiv eingeschätzt, dass Informationen über die Arbeit des Familienzentrums erteilt wurden.

Auf die Nachfragen von Herrn Dr. Weitermann und Herrn Kleindienst wird von Frau Riemann weiter über Schwierigkeiten der Finanzierung, der Gewinnung von Kursleitern oder der Bedarfsermittlung berichtet. Die meisten Angebote sollen weiter kostenlos bleiben. Für die Zukunft besteht auch die Bestrebung einer Erweiterung auf den ländlichen Raum. Hinsichtlich der Räumlichkeiten wird über einige gesperrte Räume sowie Probleme mit dem Brandschutz informiert, so dass langfristig der Wunsch nach einem anderen Objekt geäußert wird.

Von Frau Kanis wird angeregt, auch in Zukunft die weitere Entwicklung des Familienzentrums im Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

Zu TOP 5 Vorstellung Jugendarbeit des Vereins Pöbneck Alternativer Freiraum (PAF)

Herr Gliesing stellt sich als Vereinsvorsitzender vor und berichtet zusammenfassend über die Arbeit der letzten Jahre. Als Ergänzung zu den bestehenden Angeboten in der Stadt Pöbneck wurde von verschiedenen Akteuren der Verein im Jahr 2011 gegründet und in der Vergangenheit diverse Räumlichkeiten genutzt. Mit Unterstützung der Stadt Pöbneck wurde ein geeignetes Objekt gefunden, aber auch hier sind Grenzen durch das Ordnungsamt und die Bauaufsicht aufgezeigt.

Unter den Mitgliedern besteht der Wille, die Probleme zu bewältigen und weiter einen sozialen Treffpunkt unter Eigenverantwortung der Jugendlichen zu organisieren. Ziel des Vereins ist es, auch zukünftig künstlerische und kulturelle Projektarbeit und jugendkulturelle Events anzubieten.

Herr Dr. Weidermann geht 16:55 Uhr.

Den Jugendlichen soll die Möglichkeit gegeben werden, Ideen zu entwickeln und Projekte zu verwirklichen, Menschen zusammenzubringen, Kommunikation zu schaffen und dabei Vorurteile abzubauen.

Als Grund für die aktuellen Informationen im Ausschuss wird angeführt, dass mit dem Bekanntmachen auf eine Aufnahme in den Jugendhilfeplan gehofft wird bzw. auch eine Unterstützung in baulichen Belangen erfolgt. Aktuell verfügt der Verein nur über geringe Einnahmen von Mitgliedern bzw. Spenden. Um die Räumlichkeiten weiter nutzen zu können, bedarf es der Erstellung eines Nutzungskonzeptes.

Auf den Hinweis von Herrn Kleindienst, dass im Internet keine Satzung des Vereins zu finden ist, wird von Herrn Gliesing mitgeteilt, dass sich die Internetseite noch im Aufbau befindet bzw. die Kontakte über Facebook laufen.

Als wichtig wird von Frau Kanis erachtet, dass der Jugendhilfeausschuss alle Angebote kennenlernt. In der vorgestellten Jugendarbeit ist ein Alleinstellungsmerkmal für den Raum Pöbneck speziell für Jugendliche über 16 Jahre zu sehen.

Von Frau Nielsen ergeht der Hinweis, dass als anerkannter Träger besser Chancen für eine Förderung bestehen.

Ergänzend wird von Herrn Gliesing informiert, dass momentan der Versuch läuft, über die GFAW einen Projektassistenten zu gewinnen.

Zu TOP 6 Bericht über die Arbeit der Schulbegleiter durch den

Behindertenverband

Frau Kuschik-Büttner stellt sich als Geschäftsführerin des Behindertenverbandes Saale-Orla-Kreis e.V. vor. Als freier Träger ist der Behindertenverband der einzige Anbieter für die Schulbegleitung an den Staatlichen Schulen des Landkreises. Aktuell erfolgen an 17 Schulen durch 26 Schulbegleiter Integrationshilfen für Schüler/innen mit unterschiedlichen Auffälligkeiten. Kostenträger für diese Maßnahmen sind teils das Jugendamt bzw. der FD Hilfe für besondere Lebenslagen, in deren Auftrag die Koordinierung der Einsätze erfolgt. Hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse wird darauf aufmerksam gemacht, dass durch die geringe Stundenzahl kein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis erreicht wird. Je nach Tätigkeit mit oder ohne besondere Anforderungen werden entweder Fachkräfte oder Arbeitnehmer ohne spezielle Ausbildung eingestellt, wobei das Jugendamt auf die Unterstützung durch Fachkräfte verzichtet.

Die Aufgaben der Schulbegleiter umfassen je nach Einzelfall Hilfen und Unterstützung zur Orientierung, Motivation und Inklusion im Schulalltag. Die Betreuer wirken als Erleichterung im Schulalltag und sind Ansprechpartner für Eltern und Lehrer.

Bei der Betreuung stoßen die Schulbegleiter im emotional sozialen Bereich an ihre Grenzen, so dass der Einsatz von erfahrenen Personen sinnvoller ist.

Weiter wird über die Problematik der Arbeitskräftegewinnung berichtet, die sich besonders verschärft durch die kurzfristige Beschäftigungsdauer von 6 Wochen aufgrund der Bewilligungsdauer. Als Arbeitgeber wird daher auf eigenes Risiko die Befristung der Arbeitsverträge auf ein Jahr eingegangen, um so eine Bindung bzw. auch eine Sicherheit für den Arbeitnehmer zu erlangen. Ebenfalls angesprochen wird der Umgang mit dem Träger, bei den Hilfesprächen erfolgt eine Teilnahme von Frau Kuschik-Büttner als ausgebildete Sozialpädagogin, um die Schulbegleiter bei den Entscheidungen nicht allein zu lassen. Zusammenfassend wird als Hauptanliegen der Arbeit der Schulbegleiter gesehen, die Kinder zu unterstützen und ihnen einen Schulbesuch zu ermöglichen.

Zur erfolgten Berichterstattung wird von den Ausschussmitgliedern übereinstimmend Anerkennung für die bemerkenswerte Arbeit des Behindertenverbandes bzw. der Schulbegleiter ausgesprochen.

Nachfragen von Herrn Möller, Frau Smailes, Herrn Kleindienst, Frau Külkens, Herrn Lorenz und Frau Kanis werden u.a. zu den teilnehmenden Schulen, der Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeitern, der Antragszahl, dem Bewilligungsverfahren, den Arbeitszeiten, den Anforderung an die Fachkräfte, dem Austausch und der Dokumentation der Schulbegleiter gestellt und durch Frau Kuschik-Büttner jeweils Details dazu erläutert.

Ebenfalls wird von den Ausschussmitgliedern der Entwicklungsgang der schulischen Inklusion bzw. die allgemeine Situation an den Schulen zu bedenken gegeben.

Auch vom Landrat wird die Zufriedenheit zu den Dienstleistungen erklärt, aber auch darauf hingewiesen, dass sich die Ausgaben für den Landkreis in diesem Bereich in den letzten Jahren vervielfacht haben bzw. keine Erstattung aus Bundesmitteln erfolgt. Mit der Thematik wurde sich mehrfach im Thür. Landkreistag beschäftigt.

Zur Kostenproblematik wird von Frau Kuschik-Büttner ergänzt, dass die Ausgabensteigerungen in geringem Anteil von den Schulbegleitern an den Staatlichen Schulen resultieren. Die höheren Kostensätze an den privaten Schulen sind dagegen viel ausschlaggebender.

Dank für die langjährige, unkomplizierte Zusammenarbeit wird auch von Frau Nielsen an Frau Kuschik-Büttner ausgesprochen. Zur Verbesserung der Situation wird angeboten, über

Nutzungsmöglichkeiten des BuT oder des Pooling bzw. eine zeitnahe Betrachtung der Kostensätze zu beraten.

Von Frau Thieme wird als Modell vorgeschlagen, die Schulbegleiter als Fachkräfte im Jugendamt einzustellen.

Zur Nachfrage von Herrn Müller zur Arbeitskräftegewinnung wird von Frau Kuschik-Büttner bestätigt, dass aktuell alle Stellen besetzt sind. Im Bereich Fachkräfte wird die Situation unproblematischer gesehen. Hier sind die Arbeitnehmer auf eigenen Wunsch mit geringerer Stundenzahl junge Mütter mit Kind oder ältere Beschäftigte. Schwieriger ist die Lage bei Arbeitnehmern ohne Ausbildung aufgrund der allgemein positiven Arbeitsmarktsituation, diesen muss eine Grundqualifikation angeboten werden.

Frau Kanis macht auf Beschwerden von Eltern hinsichtlich mehrerer Monate dauernder Bewilligungsverfahren und der genehmigten Stundenanzahl aufmerksam.

Zu TOP 7 Informationen/Sonstiges

Betreffend die Anfrage der Elternsprecherin vom Gymnasium Pößneck zum Thema Schulsozialarbeit an den Landrat wird von Frau Kanis um Mitteilung gebeten, wann hierzu eine Antwort erfolgt. Vom Landrat wird der zuständige Fachdienst um Erledigung des Antwortschreibens gebeten.

Von Frau Kanis wird an die Veranstaltungen der Partnerschaft für Demokratie mit verschiedenen Angeboten in Pößneck, Schleiz und Bad Lobenstein erinnert. Einladungen sind allen Ausschussmitgliedern zugegangen.

Als Termin für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses wird sich unter den Ausschussmitgliedern auf Donnerstag, den **08.11.2018, 15:30 Uhr** verständigt.

Frau Kanis beendet um 17:55 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der 19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Regine Kanis
Ausschussvorsitzende

Beate Eismann
Schriftführerin